



Rede des Landesvorsitzenden der FDP-NRW
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
auf dem Neujahrsempfang der FDP
am 18. Januar 2009 in Düsseldorf

– Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

für das noch junge Jahr 2009 wünsche ich Ihnen persönlich und ihren Familien viel Erfolg, Glück und vor allem natürlich beste Gesundheit. Ich tue dies auch sehr gerne im Namen der nordrhein-westfälischen FDP.

2009 wird ein Jahr der besonderen Herausforderungen sein. Die Finanzkrise schlägt immer heftiger auf wichtige Bereiche der Realwirtschaft durch. Es ist als seien alle gleichzeitig in eine Nebelwand gefahren.

Dass jetzt diejenigen im Nebel zuerst die Richtung verlieren, die auch schon vorher keinen Kompass hatten, ist nicht verwunderlich. Aber auch nicht gut. Gerade in einer wirtschaftlichen Krise, die von so vielen Unwägbarkeiten gekennzeichnet ist, braucht es klare politische Orientierung, die bei den Menschen neues Vertrauen schafft. Und es braucht auch einen gesunden Optimismus, der uns hilft, nicht nur die Probleme zu erkennen, sondern auch die Chancen anzunehmen, die aus jeder Krise erwachsen.

Statt eines in sich schlüssigen Gesamtkonzeptes, mit ehrgeizigen Zielen für unser Land, reicht es bei der Großen Koalition erneut aber nur zu einem Sammelsurium von Einzelmaßnahmen. Die Vielfältigkeit der Maßnahmen entspricht aber der Vielstimmigkeit des Chores in der Großen Koalition. Dem Ernst der Lage wird sie aber nicht gerecht.

Kurzum: Es fehlt die klare Linie und die Konzentration auf das Wesentliche. Gefordert wären stattdessen: Vorfahrt für Bildung, Forschung und Innovation und bessere Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Umwelt.

Vorfahrt für Bildung, Forschung und Innovation

Ich stimme Günter Verheugen zu, wenn er sagt: Die Bildungsmisere ist in Wahrheit ein viel größeres Problem als die Finanzkrise.

Wirtschaft und Arbeitsplätze sind im Wesentlichen von unserer Exportleistung abhängig und damit davon, dass wir auch in Zukunft um so viel besser bleiben, wie wir teurer sind.

In einem immer härteren Wettbewerb werden wir die Rolle als Exportweltmeister aber nicht damit verteidigen können, dass wir uns in internationalen Vergleichsstudien vom unteren Mittelfeld ins obere Mittelfeld bewegen. Vielmehr werden wir nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn wir uns endlich anstrengen, auch Bildungsweltmeister zu werden.

Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht dringend an der Zeit ist, dass wir ein sicherlich höchst anspruchsvolles, aber aus meiner Sicht letztlich unverzichtbares Ziel anstreben: Deutschland muss das Land mit den besten Schulen und Hochschulen in der Welt werden.

Wenn wir so ehrgeizig sein wollen, dürfen wir uns nicht damit zufrieden geben, dass Bildung erst dann als nationale Herausforderung angenommen wird, wenn es darum geht, die lahrende Binnenkonjunktur mit Investitionsprogrammen anzukurbeln.

Bildung muss dauerhaft Konjunktur haben und im staatlichen wie im privaten Handeln ganz nach vorne gestellt werden.

Wir brauchen also jetzt nicht nur frische Farbe und neue Fenster. Wir brauchen neue Bücher, bestes Unterrichtsmaterial, modernste Laborplätze und wir brauchen kleinere Klassen. Das zeigen die Pisa-Spitzenreiter national wie international. Während Rot-Grün in NRW trotz massenhaften Unterrichtsausfalls noch 16.000 Lehrerstellen abbauen wollte, haben wir dafür gesorgt, dass in diesem Jahr mehr als 7000 zusätzliche Lehrer an unseren Schulen sind. Nur so kann man die Betreuungsrelation verbessern und Unterrichtsausfall wirksam bekämpfen.

Ich habe eine hohe Wertschätzung gegenüber dem Lehrerberuf und jenen, die ihn ausfüllen. Und das sollten gerade wir, die wir in der Politik Verantwortung tragen, auch öffentlich so sagen. Denn wie wollen wir von den Kindern erwarten, dass sie den Lehrerinnen und Lehrern den nötigen Respekt entgegenbringen, wenn wir Erwachsenen das selber nicht tun.

Aber gerade vor diesem Hintergrund möchte ich hier noch einmal die Haltung unterstreichen, die Gerhard Papke in diesen Tagen für die FDP-Landtagsfraktion eingenommen hat. Bei 13 unterrichtsfreien Wochen im Jahr muss es möglich sein, dass Zeugniskonferenzen außerhalb der Unterrichtszeiten stattfinden. Sonst können wir so viele Lehrer einstellen wie wir wollen, ohne dass es zu einer Qualitätsverbesserung kommt. Das einzufordern sind wir unseren Kindern, aber auch unserem Land schuldig.

Nachhaltige Investitionen in Schule und Hochschule setzen voraus, dass der Staat in den Haushalten die richtigen Prioritäten setzt. Gegen zum Teil erhebliche Widerstände haben wir es mit Ingo Wolf an der Spitze geschafft, die Landesverwaltung in NRW in anderen Bereichen um 15.000 Stellen zu verschlanken.

Noch heftiger waren die Widerstände gegen die von der FDP durchgesetzte Jahrhundertentscheidung zum Auslauf des subventionierten Steinkohlebergbaus. Aus beiden Quellen speisen sich die Mittel, die wir jetzt und in den nächsten Jahren in bessere Kindergärten, Schulen und einen massiven Ausbau und die Modernisierung unserer Hoch- und Fachhochschulen investieren.

Wir lösen mit acht Milliarden Euro endlich den riesigen Sanierungs- und Modernisierungstau an unseren Hochschulen auf und bauen den Forschungs- und Technologiestandort Nordrhein-Westfalen gezielt aus. Man muss lange in die Geschichte des Landes zurückblicken, um so viele Neugründungen von Spitzenforschungseinrichtungen zu finden, wie wir sie seit Regierungsübernahme bereits für NRW realisieren konnten.

Die neuen Fachhochschulen mit dem Schwerpunkt Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik entstehen vor allem dort, wo bislang noch Kohle abgebaut wird. In Hamm und Lippstadt, Mühlheim und Bottrop sowie in Kleve und Kamp-Lintfort.

Liebe Freunde, wir halten Wort: wir investieren nicht länger in dunkle Schächte, sondern in helle Köpfe.

Bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schaffen

Eine klare Priorität für bessere Bildung ist Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung und damit auch ein zentraler Schlüssel bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Insoweit halten wir die im zweiten Konjunkturpaket vereinbarten Investitionen in Schulen und Infrastruktur auch für sinnvoll.

Das war's dann allerdings auch schon mit den Lichtblicken. Alles andere erinnert weniger an ein überzeugendes Konjunktur- und Wachstumspaket als vielmehr an einen übergroßen Erste-Hilfe-Koffer. Mit viel Pflaster und weißer Salbe sollen vor allem die Wunden einer verfehlten Reformpolitik notdürftig behandelt werden.

Dafür nur zwei Beispiele: Nehmen wir Ulla Schmidts Einheitskasse, die zu Beginn des Jahres eingeführt wurde. Allen war klar, dass diese Gesundheitsreform nichts besser aber alles teurer macht. Das haben Beitragszahler und Betriebe mit Einführung zu Jahresbeginn auch deutlich zu spüren bekommen, in dem die Beiträge für 90 Prozent der Versicherten massiv erhöht wurden.

Jetzt plant Schwarz-Rot eine Teilrücknahme der massiven Mehrbelastung. Allerdings nicht sofort, sondern erst zwei Monate vor der Bundestagswahl. Und für diese vermeintliche Wohltat, auf Kosten der Steuerzahler, will sich die Bundesregierung auch noch feiern lassen. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten. Mit dieser teuren Beruhigungsspielle soll lediglich der akute Schmerz bis zur Wahl gelindert werden. Ein echter Beitrag für Wachstum und Beschäftigung wäre es, wenn sich die Große Koalition gleich ganz von ihrem Gesundheitsmurks verabschieden würde.

In gleicher Weise handelt Schwarz-Rot auch bei der KfZ-Steuer. Bis heute ist die Bundesregierung nicht in der Lage, die 2005 angekündigte CO₂-basierte KfZ-Steuer umzusetzen. Das verunsichert potenzielle Autokäufer nunmehr schon seit vier Jahren. Jetzt werden Steuergelder in Milliardenhöhe für Kaufanreize bereitgestellt. Das dient weder der Umwelt, noch dem technischen Fortschritt und auch nicht der Konjunktur.

Eines wird jetzt jedenfalls allen Wählern klar: Für abgewrackte Autos gibt es 25mal mehr Prämie als für Kinder, die unser aller Zukunft sind.

Statt Familien mit Kindern mit einmaligen Prämien abzuspeisen, gehören Kinder steuerrechtlich endlich mit Erwachsenen gleichstellt. Auch deshalb bleibt eine umfassende Steuerreform auch eines der zentralen Ziele für einen neuen Politikanfang im Bund.

Damit das Konjunkturpaket II seinen Namen verdient, muss es dringend nachgebessert werden. Hierzu bieten wir unsere Mitwirkung im Bundestag und Bundesrat an.

Für die FDP sind dabei folgende drei Punkte zentral:

1. Steuern

Wir brauchen schnelle und wirksamere steuerliche Entlastungen. Was bislang nur zaghaft verabredet wurde, wird auch noch über zwei Jahre gedehnt. Die in Trippelschritten geplante Steuersenkung muss deswegen auf jeden Fall rückwirkend zum 1. Januar 2009 wirksam werden.

2. Investitionen

Die geplanten Investitionen in Schulen, Hochschulen und Infrastruktur müssen jetzt so schnell und unbürokratisch wie möglich dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Damit meine ich ausdrücklich auch die Schulen in den finanzschwachen Kommunen.

3. Schulden

Zeitgleich mit dem neuen Konjunkturpaket muss ein verbindlicher Fahrplan zur Schuldentilgung beschlossen werden.

Und dann wäre da noch die seit Jahresbeginn schwelende Verstaatlichungsdebatte. In einer schwierigen wirtschaftlichen Lage sind FDP und CDU vor vier Jahren mit dem Prinzip „Privat vor Staat“ in NRW gestartet. Im Ergebnis sind in dieser Zeit 345.000 Arbeitsplätze entstanden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag im vergangenen Jahr so hoch wie lange nicht. Privat vor Staat ist das was uns stark gemacht hat. Daran werden wir weiter festhalten.

Ich kann mir ernsthaft auch gar nicht vorstellen, wie man sich Herrn Glos und Herrn Tiefensee etwa in den Aufsichtsrat eines deutschen Automobilherstellers wünschen kann. Da hat man die neuen Fahrzeuge, die künftig von den Bändern rollen werden ja förmlich schon vor Augen. Wobei ich gar nicht sicher bin, ob rollen hier der richtige Ausdruck ist.

Dort wo der Staat Unternehmer spielen will, wie bei Holzmann oder IKB, rettet er letztlich keine Arbeitsplätze, sondern gefährdet andere und vernichtet Milliarden an Steuergeldern.

Notwendig wäre vielmehr, dass der Staat stattdessen die massiven Probleme aus seinem vorhandenen Beteiligungsbesitz löst. Die gewaltigen Verlustrisiken, die sich in den sieben Landesbanken aufgetürmt haben, drohen Länder und Sparkassen längst zu überfordern.

Ich fordere die Bundeskanzlerin und den Bundesfinanzminister deswegen erneut auf, gemeinsam mit den Ministerpräsidenten schnell zu einer Neuordnung der Landesbanken zu kommen.

Eine Fusion der bestehenden Landesbanken zu einer einzigen schlanken und leistungsfähigen Sparkassen-Zentralbank ist längst überfällig. Ein weiteres Aufschieben gefährdet die Funktionsfähigkeit der Sparkassen und damit die Finanzierung des Mittelstandes. Deswegen muss jetzt gehandelt werden.

Neben besserer Bildung und einem wirksamen Konjunkturpaket braucht Deutschland gerade jetzt ein ganzheitliches und ideologiefreies Energiekonzept. Der Gasstreit

zwischen Russland und der Ukraine sollte nun dem letzten, verantwortlich handelnden Politiker klar machen, dass die Blockade der friedlich genutzten Kernenergie endlich überwunden werden muss.

Zudem sollten wir den Weg für das milliardenschwere Kraftwerkerneuerungsprogramm freimachen. Dies wäre das beste Beschäftigungsprogramm. Und es würde die Umwelt um Millionen Tonnen CO₂ entlasten und unsere technologische Führung im Kraftwerksbau sichern.

Bei weiter wachsender Erdbevölkerung, knapper werdenden Rohstoffen und den Herausforderungen des Klimawandels ist die Menschheit auf einen breiten Energiemix angewiesen. Die Welt befindet sich gerade in dieser Frage in einem tief greifenden Wandel. Es ist unsere Verantwortung, aber auch unsere Chance, uns hier weltweit an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Die Kanzlerin hat uns prophezeit, 2009 werde ein Jahr der schlechten Nachrichten. Dabei kann man es bewenden lassen. Kann man. Muss man aber nicht. Die Menschen erwarten positive Signale, dass die Politik jetzt das ihre tut, um Wachstumsbremsen zu lösen und Zukunftsinvestitionen anzustoßen.

In diesem Sinne wird die FDP überall dort, wo wir Verantwortung tragen – mit dem heutigen Tage wird das hoffentlich auch in Hessen der Fall sein – alles daran setzen, dass sich die Dinge in unserem Land zum besseren wenden lassen.

Damit die FDP ihre Rolle als Gestaltungspartei in den Rathäusern und Kreistagen, im Europäischen Parlament sowie im Herbst auch im Deutschen Bundestag stärken kann, setzen wir in aller erster Linie auf eine Koalition mit Ihnen und mit allen die dafür eintreten, dass die Mitte in unserem Land endlich wieder mehr Gewicht bekommt.

Lassen Sie uns gerade in schwierigen Zeiten die Chancen nutzen, um unser Land gemeinsam stark zu machen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Jahr, trotz aller Schwierigkeiten, für Sie persönlich, wie auch für unser Land, ein Jahr möglichst vieler guter Nachrichten wird.

Herzlichen Dank!